



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 40/19 • 07.11.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2019, und damit das Jahr des 100. Bauhausjubiläums, nähert sich langsam seinem Ende. Die Landesvertretung hat das Jubiläum in Brüssel mehrfach aufgegriffen, um diesem kulturellen Highlight des Landes und dem in Sachsen-Anhalt unverändert bestehendem Ziel des „modern Denkens“ Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Mit der gestern ausgerichteten Veranstaltung wurde der Schlusspunkt unserer thematischen Veranstaltungsreihe gesetzt. Nachdem das Thema mit einer Presseveranstaltung zum Bauhaus im März begann, im Rahmen unseres Sommerfestes verschieden beleuchtet und durch die spezielle Darbietung von Nico and the Navigators im Oktober noch einmal ganz anders betrachtet wurde, präsentierte sich gestern das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) mit „Die Burg der Moderne“.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörte das Kunstmuseum zu den wegweisenden Museen für die damals zeitgenössische Kunst, die Kunst der klassischen Moderne. 1937 verlor das Kunstmuseum Moritzburg 146 als „entartet“ beschlagnahmte Arbeiten. Damit gehörte das Museum quantitativ zwar zu den weniger betroffenen Museen, doch traf die Beschlagnahmeaktion das Herz des Museums, seine renommierte Sammlung der Kunst der Moderne. Und auch zu DDR-Zeiten hatte es das Museum der Moderne nicht leicht. Umso erfreulicher war es, über den heute guten Stand des Museums gestern anschaulich berichtet zu bekommen, und zu sehen, wieviele Gäste das Thema anziehen konnte. Mehr zu den Details der Veranstaltung finden Sie auf Seite 16.

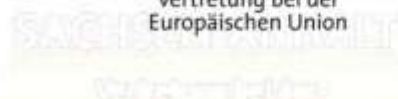
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



80



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aus den Institutionen	4
• Europäische Kommission - Anträge auf Unterstützung bei Strukturreformen • Europäische Kommission - Vizepräsident Katainen darf künftig Stiftung in Finnland führen • Europäische Kommission - Fünf neue Direktoren ernannt • Europäische Kommission - Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung • Europäische Kommission - Strategie für künftige EU-Industriepolitik • EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
Aus den Fachbereichen	10
• Energieunion - Grenzüberschreitende Projekte von gemeinsamem Interesse ausgewählt • Erasmus + -Budget wird für 2020 auf mehr als 3 Mrd. Euro erhöht • Nach Fangverbot für die Ostsee - Finanzhilfen für Dorsch-Fischer • Europäischer Tag der Lohnungleichheit • Langfristiger EU-Haushalt - Nettosalden sind kein fairer Maßstab	
Was, wann, wo	14
• Jugendarbeiter qualifizieren sich mithilfe des „We hear you“-Projekts in den Bereichen demokratischer Dialog und Bürgerbeteiligung • Veranstaltung zum Thema Algen – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt • „Kunstmuseum Moritzburg - Die Burg der Moderne“ und „Bauhaus Spirit – vom Bauen der Zukunft“	
Ausschreibungen	18
• KOM - Förderung von Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2020 • KOM - Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2020 — EAC/A02/2019 Programm Erasmus+ • Referendare gesucht	
Kontaktbörse	20
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
Büro intern / Tipp	23
• Neu in der LV - Denise Vopel – Hospitantin • Neue Referentin für Kultur, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Medien – Antonieta Hofmann • GOEUROPE - Quizfragen	
Ihr Kontakt zu uns	27
Impressum	28



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission - Anträge auf Unterstützung bei Strukturreformen

Die Europäische Kommission hat 609 Anträge im Rahmen des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen (SRSP) für das nächste Jahr erhalten. Die Anträge kommen aus 27 Mitgliedstaaten, erstrecken sich über eine Reihe von Sektoren und haben geschätzte Gesamtkosten von 243,5 Mio. Euro. „Die Förderung von Reformplänen, die die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit stärken und sich auf künftige Herausforderungen vorbereiten, ist für alle EU-Länder von größter Bedeutung, insbesondere in diesen schwierigen Zeiten für das Wirtschaftswachstum“, sagte Vizepräsident Valdis Dombrovskis. „Alle Mitgliedstaaten können bei der Planung und Durchführung dieser Reformen auf die Unterstützung der Europäischen Kommission zählen.“

Seit dem Start des Programms im Jahr 2017 steigt die Nachfrage nach Unterstützung stetig an; von sechs teilnehmenden Mitgliedstaaten auf jetzt 27. Das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen bietet allen EU-Ländern Expertise für die Umsetzung wachstumsfördernder Reformen. Sie deckt ein breites Spektrum ab - von Reformen der öffentlichen Verwaltung über das Unternehmensumfeld, den Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Sozialdienste, die Finanzverwaltung, das öffentliche Finanzmanagement bis hin zur Reform des Finanzsektors.

Die Unterstützung richtet sich nach der Nachfrage und ist auf den begünstigten Mitgliedstaat zugeschnitten. Seit 2017 hat das Programm mehr als 550 Projekte in 26 Mitgliedstaaten unterstützt. In den kommenden Wochen wird die Kommission die neu eingegangenen Anträge auf Unterstützung prüfen und Anfang 2020 neue Projekte auswählen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Programm zur Unterstützung von Strukturreformen](#)

Europäische Kommission - Vizepräsident Katainen darf künftig Stiftung in Finnland führen

Die Europäische Kommission hat am 30. Oktober beschlossen, dass die neue Tätigkeit von Vizepräsident Jyrki Katainen ab Januar 2020 als Präsident der finnischen [SITRA](#) mit den ethischen Verpflichtungen ehemaliger Kommissionsmitglieder vereinbar ist. Der Innovationsfonds SITRA ist eine unabhängige öffentliche Stiftung, die unter der Aufsicht des finnischen Parlaments arbeitet. Der Aufsichtsrat von SITRA hatte im September 2019 Vizepräsident Katainen als ihren neuen Präsidenten gewählt. Die beruflichen Tätigkeiten von Kommissaren nach Ablauf ihrer Amtszeit unterliegt [ethischen Regeln](#), die 2018 von der Juncker-Kommission noch einmal verschärft worden waren.

Konkret heißt das, dass Vizepräsident Katainen seine neue Tätigkeit unter folgenden Bedingungen aufnehmen kann:



- 1) dass er unter allen Umständen den Verpflichtungen zur Integrität und Diskretion nachkommt und die Kollegialität und Vertraulichkeit der von der Kommission während der verbleibenden Amtszeit behandelten Angelegenheiten schützt;
- 2) dass er für einen Zeitraum von zwei Jahren nach seinem Ausscheiden aus der Kommission die Mitglieder oder Bediensteten der Kommission, für die er in seinem Zuständigkeitsbereich zuständig war, nicht im Rahmen von SITRAs Angelegenheiten anspricht;
- 3) dass er die Europäische Investitionsbank, den Europäischen Investitionsfonds und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für einen Zeitraum von zwei Jahren nach seinem Ausscheiden nicht bei Investitionsentscheidungen unterstützt;
- 4) dass er keine internen Informationen oder Erkenntnisse, die während seiner Mandate als Mitglied der Kommission gewonnen wurden, für Investitionsentscheidungen der SITRA, einschließlich Veräußerungen, verwendet;
- 5) dass er keine Informationen offenlegt oder verwendet, die unter die Verpflichtung zum Berufsgeheimnis fallen. Das Verbot der Lobbyarbeit berührt nicht die Möglichkeit, an öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern der genannten Stellen teilzunehmen oder öffentlich zugängliche Informationen auszutauschen und zu diskutieren.

Die Entscheidung folgt der Stellungnahme der Unabhängigen Ethikkommission vom 2. Oktober 2019, die Präsident Juncker gemäß dem Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder zu diesem Thema konsultiert hat. Darüber hinaus hatte Präsident Juncker bereits seit dem 10. Juli geeignete Maßnahmen ergriffen, um eine unabhängige Erfüllung der Aufgaben von Vizepräsident Katainen unmittelbar nach seiner Bewerbung um das Amt des Präsidenten der SITRA zu gewährleisten, die ebenfalls auf einer Stellungnahme des Unabhängigen Ethikausschusses vom 17. Juni 2019 beruhen und bis zum Ende der Amtszeit von Vizepräsident Katainen in der Kommission bestehen bleiben. Vizepräsident Katainen wird bis zum Ende der Amtszeit der derzeitigen Kommission ein Mitglied dieser bleiben.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30. Oktober](#)

[Homepage von SITRA](#)

[Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder 2018](#)

[Unabhängiger Ethikausschuss der Europäischen Kommission](#)

[Grundsätze der Unabhängigkeit, Integrität und Diskretion](#)

[Übersicht der Beschlüsse über zulässige Berufe ehemaliger EU-Kommissare](#)

[Stellungnahme der Unabhängigen Ethikkommission vom 2. Oktober 2019](#)

[Stellungnahme des Unabhängigen Ethikausschusses vom 17. Juni 2019](#)

Europäische Kommission - Fünf neue Direktoren ernannt

Zwei langjährige deutsche Kommissionsbeamte wurden am 30. Oktober zu Direktoren der EU-Kommission ernannt: Michael Hager, seit 2013 Kabinettschef von EU-Kommissar Günther Oettinger, wird neuer Direktor für Energiepolitik und Nils Behrndt, bisheriger Kabinettschef von EU-Kommissar Neven Mimica, wird neuer Direktor für Verbraucherpolitik. Das entschied die Kommission bei ihrer Sitzung. Dabei ernannte sie weitere drei Direktoren sowie vier Hauptberater für die Generaldirektionen Landwirtschaft, Finanzdienstleistungen, Handel und den Ausschuss für Regulierungskontrolle.



30/10/2019

Infolge der aktuellen Entscheidung werden außerdem Andreas Papaconstantinou aus Griechenland neuer Direktor für Nachbarschaft und Mittlerer Osten, Mona Björklund aus Schweden künftige Direktorin im Ausschuss für Regulierungskontrolle. Ilkka Salmi aus Finnland wird Direktor für Katastrophenvorsorge und -prävention.

Neue Hauptberater der Kommission in den Bereichen Landwirtschaft, Finanzdienstleistungen, Handel und Regulierungskontrolle werden Cristina Lobillo Borrero, Paulina Dejmek Hack, Bernard Naudts und Léon Delvaux.

Das Datum, an dem diese Ernennungen in Kraft treten, wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 30. Oktober](#)

Europäische Kommission - Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung

Die EU-Kommission hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Terrorismus und Cyberkriminalität vorgelegt. Häufig mangelt es aber bei der Umsetzung in den Mitgliedstaaten oder eine Einigung der Gesetzgeber steht noch aus. Das geht aus dem am 30. Oktober vorgelegten Bericht der Kommission zur Sicherheitsunion hervor. „Die Sicherheit der europäischen Bürger hatte für diese Kommission vom ersten Tag an absolute Priorität“, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos. Er nannte unter anderem neue Regeln, die den Zugang zu Feuerwaffen beschränken und das Aufspüren gefährlicher Straftäter sowie die Bekämpfung des Terrorismus erleichtern.

Vor dem Hintergrund des Anschlags von Christchurch im März 2019 hat die Kommission heute außerdem empfohlen, die EU solle mit Neuseeland Verhandlungen über den Austausch personenbezogener Daten mit Europol aufnehmen, um schwere Straftaten und Terrorismus zu bekämpfen.

Der vorgelegte Bericht gibt einen Überblick über die Fortschritte bei den prioritären Legislativvorhaben in diesem Bereich sowie bei den jüngsten Initiativen zur Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowohl off- als auch online. Der Bericht konzentriert sich insbesondere auf:

- Terroristische Inhalte im Internet
- Verbesserter Informationsaustausch
- Cybersicherheit
- Desinformation
- Durchsetzung der EU-Vorschriften im Sicherheitsbereich
- Zusammenarbeit mit dem westlichen Balkan im Bereich Sicherheit

Darüber hinaus hat die Kommission die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit anderen Partnerländern, Organisationen und maßgeblichen Interessenträgern intensiviert und damit einen wesentlichen Schritt zur Schaffung einer wirksamen und echten Sicherheitsunion vollzogen. Die Kommission empfiehlt dem Rat, die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zu genehmigen, das den Austausch personenbezogener Daten zwischen Europol und den neuseeländischen Behörden für die Bekämpfung von schweren Straftaten und Terrorismus ermöglichen würde. Ähnliche Verhandlungen werden bereits mit acht prioritären Ländern der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) geführt, doch sollten nach Auffassung der Kommission auch mit Neuseeland solche Verhandlungen



geführt und sollte das Land damit in die Liste der prioritären Länder aufgenommen werden. Ein solches Abkommen würde den notwendigen Datenschutz gewährleisten sowie die erforderlichen Garantien für den Schutz der Privatsphäre, der Grundrechte und der Grundfreiheiten bieten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Mitteilung: [Auf dem Weg zu einer wirksamen und echten Sicherheitsunion – Zwanzigster Fortschrittsbericht](#)

[Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Neuseeland und Europol über den Austausch personenbezogener Daten](#)
+ [Anhang](#)

Factsheet: [Ein Europa, das beschützt - Update](#)

Factsheet: [Ein Europa, das beschützt – Operative Unterstützung](#)

Factsheet: [Stand der Legislativverfahren](#)

Factsheet: [Terroristische Inhalte im Internet](#)

Europäische Kommission - Strategie für künftige EU-Industriepolitik

Die Kommission hat am 5. November die [Empfehlungen](#) der Expertengruppe „Strategisches Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“ zur künftigen EU-Industriepolitik vorgelegt. Darin zeigt die Expertengruppe auf, wie die globale Führungsrolle Europas in sechs strategischen Industriezweigen erreicht werden kann: vernetzte, saubere und autonome Fahrzeuge; Wasserstofftechnologien und -systeme; intelligente Gesundheit; industrielles Internet der Dinge; kohlenstoffarme Industrie und Cybersicherheit.

Bei den Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) handelt es sich oft um innovative Forschungsprojekte mit erheblichen Risiken, die gemeinsame, gut koordinierte Anstrengungen und grenzüberschreitende Investitionen von Behörden und der Industrie mehrerer Mitgliedstaaten erfordern. Durch gemeinsame Investitionen in Europas industrielle Stärken und Ressourcen kann die EU Arbeitsplätze und Wachstum in allen Branchen und allen Regionen schaffen und ihre Rolle auf der Weltbühne stärken.

Zusätzlich zu den [spezifischen Empfehlungen für die jeweilige Wertschöpfungskette](#) werden in dem Bericht auch horizontale unterstützende Maßnahmen genannt:

- **Zusammenführung öffentlicher und privater Ressourcen auf EU-, nationaler und regionaler Ebene** ; die EU sollte diese gemeinsamen Investitionen koordinieren und sich dabei zunächst auf den industriellen Einsatz und die Vermarktung neuer Technologien konzentrieren;
- **Vertiefung und Integration des Binnenmarktes** durch Verordnungen und neue Normen;
- **Bestandsaufnahme und Entwicklung der erforderlichen Fachkenntnisse** über ganze Wertschöpfungsketten hinweg;
- **Steigerung der Dynamik der Innovationssysteme in Europa** durch Konzentration auf regionale Stärken und öffentlich-private Partnerschaften;
- **Einrichtung eines Governance-Prozesses** zur Überwachung des technologischen und industriellen Wandels, zur Ermittlung neu entstehender strategischer Wertschöpfungsketten und zur Bewertung der Fortschritte der Arbeiten an diesen Wertschöpfungsketten.



Der Bericht ist Teil der Bemühungen der Juncker-Kommission zur Stärkung der industriellen Basis Europas. Darüber hinaus stellt er einen Beitrag zu den Arbeiten der neuen Kommission an einer neuen langfristigen Strategie für die Zukunft der europäischen Industrie dar.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Infoblatt](#)

[Vollständiger Bericht](#)

[Infoblatt „Industrie 2030“](#)

[Bericht „Industrie 2030“](#)

EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

Im Amtsblatt C 356 vom 21. Oktober 2019 [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Portugal 600 Jahre der Entdeckung des Archipels von Madeira durch die portugiesischen Seefahrer Bartolomeu Perestrelo und Tristão Vaz.	2. Halbjahr 2019
	Portugal 500 Jahre der ersten Weltumsegelung, die vom portugiesischen Entdecker und Navigator Fernão De Magalhães organisiert und geleitet wurde.	2. Halbjahr 2019
	Republik San Marino 550. Todestag von Filippo Lippi.	September 2019



	Staat Vatikanstadt Sixtinische Kapelle — Ende der Restaurierung 1994-2019	1. Oktober 2019
---	---	------------------------



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Energieunion - Grenzüberschreitende Projekte von gemeinsamem Interesse ausgewählt

Am 31. Oktober hat die Europäische Kommission die vierte [Liste](#) von über 150 Projekten von gemeinsamem Interesse (PCI) für ein europäisches Energienetz angenommen, das in Zukunft saubere, erschwingliche und sichere Energie für alle Europäer bereitstellen soll. Deshalb konzentrieren sich die neuen Projekte auf wichtige Stromverbindungen und intelligente Netze. Mehr als ein Dutzend Projekte mit deutscher Beteiligung können gefördert werden, unter anderem die Verbindungsleitung zwischen Norwegen und Deutschland, bekannt als „NordLink“ oder Windkraft-Drehkreuze in der Nordsee.

PCIs sind grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte, die die Energiesysteme der EU-Mitgliedstaaten miteinander verbinden und der EU helfen sollen, ihre energiepolitischen und klimapolitischen Ziele zu erreichen: bezahlbare, sichere und nachhaltige Energie für alle Bürger und die [langfristige Dekarbonisierung der Wirtschaft](#) im Einklang mit dem Pariser Abkommen. PCIs sind Projekte, die erhebliche Auswirkungen auf die Energiemärkte und die Marktintegration in mindestens zwei EU-Ländern haben, den Wettbewerb auf den Energiemärkten ankurbeln und die Energiesicherheit der EU durch Diversifizierung der Quellen fördern und schließlich durch die Integration erneuerbarer Energien zu den [Klima- und Energiezielen der EU](#) beitragen.

Im Rahmen der 2013 verabschiedeten Verordnung über die [transeuropäischen Netze \(TEN-E\)](#) ermittelt die Kommission die wichtigsten PCIs in der gesamten EU, so dass diese Projekte von der vereinfachten Genehmigung und dem Recht auf Beantragung von EU-Mitteln aus der Connecting Europe Facility profitieren können.

Mehr als 70 Prozent der Projekte entfallen auf Elektrizitäts- und Smart Grids-Projekte, was die zunehmende Rolle der erneuerbaren Energien im Energiesystem und den Bedarf an Netzverstärkungen widerspiegelt, die die Integration erneuerbarer Energien und einen stärkeren grenzüberschreitenden Handel ermöglichen.

Die Projekte auf der vierten PCI-Liste wurden in den letzten 18 Monaten in einem offenen, transparenten und integrativen Prozess im Einklang mit den Bestimmungen der TEN-E-Verordnung bewertet und ausgewählt. An dem Prozess waren Interessengruppen beteiligt, darunter Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen. Diese Gruppen haben dynamisch an den Sitzungen der Regionalgruppen teilgenommen.

Der delegierte Rechtsakt mit der vierten angenommenen PCI-Liste wird dem Europäischen Parlament und dem Rat für einen Zeitraum von zwei Monaten ohne Widerspruch vorgelegt, der einmal verlängert werden kann. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die Liste von Projekten von gemeinsamem Interesse](#)

[Q&A](#)

Die [PCI-Website](#)



Erasmus + -Budget wird für 2020 auf mehr als 3 Mrd. Euro erhöht

Die Europäische Kommission hat am 5. November dazu aufgerufen, Vorschläge für das Programm Erasmus + für 2020 einzureichen und erhöht das geplante Budget um 12 Prozent auf mehr als 3 Mrd. Euro. Damit werden jungen Europäern im kommenden Jahr noch mehr Möglichkeiten geboten, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden oder Berufserfahrung zu sammeln. Die Kommission plant für 2020 auch ein zweites Pilotprojekt zu europäischen Universitäten.



Tibor Navracsics, Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, erklärte: „Ich freue mich sehr, dass die Europäische Union mehr als 3 Mrd. Euro in Erasmus+ investiert. Diese kontinuierlichen Investitionen in den europäischen Bildungsraum werden helfen, die „Europäischen Universitäten“

voranzubringen. Ich bin stolz darauf, dass die Hochschulen starke Allianzen bilden, die den Weg für die Universitäten von morgen ebnen.“

Allein für die Mobilitätsförderung von Einzelpersonen hat der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD im Jahr 2019 über 148 Millionen Euro aus dem Erasmus+ Programm zur Verfügung. Die größten Empfänger sind hierbei Studierende, Auszubildende und Schüler in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. 2017 haben 104.006 Deutsche am Erasmus+ Programm teilgenommen, davon 61 Prozent Frauen und 39 Prozent Männer. Insgesamt konnten seit dem Start des Programmes im Jahr 1987 rund 651.000 Studierende aus Deutschland gefördert werden.

Das Jahr 2020 ist das letzte im derzeit laufenden Erasmus-Programm.

Siehe auch: Ausschreibungen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Webseite von Erasmus+](#)

[Factsheet "30 Jahre Erasmus" vom DAAD \(link is external\)](#)

[Statistiken zu Erasmus+](#)

Nach Fangverbot für die Ostsee - Finanzhilfen für Dorsch-Fischer

Die europäische Kommission hat am 31. Oktober einen Vorschlag angenommen, der den von der Schließung der Dorschfischerei in der Ostsee betroffenen Fischern eine Unterstützung aus dem Europäischen See- und Fischereifonds anbietet, um ihre Fischereifahrzeuge endgültig stillzulegen.



Auf der Ratstagung vom 14. bis 15. Oktober folgten die Fischereiminister einem Vorschlag der Kommission und einigten sich darauf, die Fangmöglichkeiten im Jahr 2020 auf fast Null zu reduzieren. Obwohl dieser Schritt notwendig ist, um den Beständen eine Chance zur Erholung zu geben, erkennt die Kommission an, dass er auch eine schwere und unvermeidliche

wirtschaftliche Belastung für die Flotten und Fischereigemeinschaften bedeutet, die traditionell auf diesen Bestand ausgerichtet sind.

Mit dem aktuellen Vorschlag will die Kommission die wirtschaftlichen Auswirkungen der Schließung mildern und den Fischern und Frauen, die am stärksten betroffen sein werden, eine helfende Hand reichen.



Die in den Mitgliedsstaaten der EU zuständigen Fischereiminister legen jedes Jahr im Rahmen ihrer Treffen die zulässigen Gesamtfangmengen fest. Die europäische Kommission erarbeitet dabei Vorschläge auf der Grundlage wissenschaftlicher Empfehlungen, in denen der Zustand einzelner Bestände untersucht wird. Die Gesamtfangmengen werden dann wiederum unter den einzelnen Mitgliedsstaaten als nationale Quoten verteilt. Im Rahmen dieser Einigungen sollen in gesamteuropäischer Absprache die Fischbestände in der EU geschützt werden und den Interessen und Bedürfnissen der Fischfangindustrie Rechnung getragen werden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Bestand in Gefahr: Sofortiges Fangverbot für Dorsch in der Ostsee](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Rates zur Einigung über die Fangmengen für 2020 \(link is external\)](#)

[Die Vereinbarung über die Fangmengen für 2020 im Detail](#)

[Kommissionsvorschlag zu den Fangmengen für 2020](#)

Europäischer Tag der Lohngleichheit

In diesem Jahr fiel der Europäische Tag der Lohngleichheit, ab dem Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit machen, nicht mehr bezahlt werden, auf den 4. November. „In Europa arbeiten Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen nach wie vor zwei Monate lang ohne Lohn, und die Fortschritte, die hier erzielt werden, gehen zu langsam voran“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung des Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans und der EU-Kommissarinnen Marianne Thyssen und Věra Jourová. „Wir haben in den letzten fünf Jahren einige Schritte in die richtige Richtung getan, aber es muss noch mehr getan werden, und es muss schneller geschehen.“

Es ist nun 60 Jahre her, dass der Grundsatz des gleichen Arbeitslohnes in die Europäischen Verträge aufgenommen wurde und noch immer spiegeln diese Vorschriften nicht die alltägliche Realität von Frauen in ganz Europa wider.

Frauen verdienen in der Europäischen Union im Durchschnitt immer noch 16 Prozent weniger als Männer, was gegenüber dem Vorjahreswert von 16,2 Prozent einer leichten Verbesserung entspricht. Mit 21 Prozent hat Deutschland einen der höchsten „Gender Pay Gaps“ der EU, Vorreiter dagegen ist Rumänien mit nur 3,5 Prozent Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen.

Lohntransparenz kann dazu beitragen, die Ursachen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles anzugehen. Daher begrüßt die Kommission die Ankündigung der designierten Präsidentin von der Leyen, in den ersten 100 Tagen ihres Mandats verbindliche Transparenzmaßnahmen vorzulegen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Factsheet zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle \(Englisch\)](#)

[Factsheet zur Lohntransparenz](#)

[Bericht: Nationale Fälle und bewährte Verfahren zum Grundsatz des gleichen Lohns](#)

[Leitfaden zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Grundsatz des gleichen Entgelts](#)

[Jüngste Eurobarometer-Umfrage zur Gleichstellung der Geschlechter](#)



Langfristiger EU-Haushalt - Nettosalden sind kein fairer Maßstab

In der Debatte um den nächsten langfristigen EU-Haushalt ab 2021 hat die Europäische Kommission am 5. November zusätzliche Zahlen zum Kommissionsvorschlag vom Mai 2018 veröffentlicht. Die neuen Zahlen veranschaulichen, weshalb die enge Ausrichtung auf Nettobeiträge in den nationalen Diskursen vor allem in Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Dänemark und Schweden nicht zielführend ist. „Die Nettosalden können kein Maßstab mehr für eine faire Verteilung der nationalen Beiträge in den EU-Haushalt mehr sein“, sagte Gert Jan Koopman, Generaldirektor für Haushalt und Personal, vor Journalisten in Brüssel. Rund 40 Prozent der künftigen Ausgaben des EU-Haushalts können nicht mehr seriös auf die einzelnen Mitgliedstaaten zurückgerechnet werden.

Das Konzept der Nettosalden kann weder den Nutzen der Teilnahme der EU-Mitgliedstaaten am Binnenmarkt messen, noch kann es den Mehrwert einer gemeinsamen Politik etwa im Kampf gegen den Terrorismus oder den Klimawandel abbilden. Nettosalden bilden auch nicht die Geschäftsmöglichkeiten für Unternehmen aus den alten Mitgliedstaaten ab. So profitieren deutsche Unternehmen zum Beispiel von Investitionen aus EU-Strukturfonds in Polen.

Studien zeigen, dass die Vorteile der Integration in den Binnenmarkt die nationalen Beiträge der Mitgliedstaaten in den EU-Haushalt um ein Vielfaches übersteigen. Für Deutschland zum Beispiel wird der jährliche, durchschnittliche Bruttobeitrag für die Jahre 2021-2027 auf Basis des Kommissionsvorschlags (zu Preisen von 2018) bei 32,76 Mrd. Euro veranschlagt. Die jährlichen Einkommenssteigerungen in Deutschland, die nach konservativen Schätzungen für diesen Zeitraum auf die Teilnahme am Binnenmarkt zurückzuführen sein werden, übersteigen diese Summe um mehr als das Sechsfache (208 Mrd. Euro).

Einfach ausgedrückt: Die EU trägt wesentlich zur Wirtschaft ihrer Mitgliedstaaten bei, und dies muss bei allen vorgelegten Berechnungen berücksichtigt werden.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Zusätzliche Zahlen vom 5. November 2019 für die Debatte um den EU-Haushalt ab 2021](#)

[Factsheet: Finanzierung des EU-Haushalts](#)

[Factsheet: Ein moderner EU-Haushalt auf der Höhe der Herausforderungen](#)

[Kommissionsvorschlag vom 2. Mai 2018 für den langfristigen EU-Haushalt ab 2021](#)

[Haushaltskommissar Oettinger weist Berichte über „EU-Beitrags-Hammer“ für Deutschland zurück](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Jugendarbeiter qualifizieren sich mithilfe des „We hear you“-Projekts in den Bereichen demokratischer Dialog und Bürgerbeteiligung

Am 16. Oktober 2019 wurde im Rahmen einer Veranstaltung „WHY EVENT“ über das Projekt „We hear you“-Projekt, [kurz WHY, \(Link\)](#) informiert. Es befasst sich mit einer Reihe aktueller europäischer Themen wie zum Beispiel dem Rückgang des Interesses junger Menschen an demokratischen Prozessen und Institutionen sowie zunehmende Diskriminierung, Rassismus, politischen und religiösen Extremismus bei Jugendlichen.



Das WHY-Projekt [zielt auf](#) die Identifizierung und Entwicklung bestehender Methoden und Instrumente für Jugendarbeiter [ab](#). Hierfür hat das WHY-Projekt zehn Methoden entwickelt, sowie zwei Online-Kurse [eingrichtet](#). Kurs A [vermittelt](#) Teilnehmern Fähigkeiten und Verhaltensweisen für den Umgang mit betroffenen Jugendlichen und dadurch die demokratische Beteiligung zu erhöhen ([Link](#)). Im Kurs B sollen Jugendarbeitern Dialogprinzipien nähergebracht werden, [um](#) das Vertrauen der Jugendlichen in demokratische Institutionen und Werte [zu steigern](#) und die Bürgerbeteiligung zu fördern ([Link](#)). Im Rahmen der strukturellen Optimierung bestehender Methoden und Instrumente, [sammelt das WHY-Projekt](#) Methoden, Werkzeuge und Ausbildungsinstrumente, die in einer Datenbank zur Verfügung gestellt werden. Die Datenbank diene dem Austausch [und der Kommunikation](#) bewährter Praktiken im Bereich der Förderung des demokratischen Dialogs und der Bürgerbeteiligung junger Menschen. Die Datenbank sei dynamisch [angelegt](#) und offen für neue Ergänzungen aus den Partnerschaften, aber auch für Beiträge anderer Organisationen und Interessengruppen ([Link](#)). [Auf der Veranstaltung wurden einige dieser bewährten Praktiken vorgestellt.](#) •ds

14

Veranstaltung zum Thema Algen – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt



Am 5. November fand in der Landesvertretung Brüssel eine Veranstaltung unter dem Titel „Algen – Nachhaltige Biomasseerzeugung für eine grüne Wirtschaft und die Zukunft der Ernährung in Europa – Innovationen aus Sachsen-Anhalt“ statt. Eingeladen dazu hatten das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie die EU-Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.

Dr. Jürgen Ude, Wirtschafts-Staatssekretär, betonte in seinem Grußwort die herausragende Bedeutung Sachsens-Anhalts als Algenstandort. Seit mehr als 20 Jahren würden dort Mikroalgen im industriellen Maßstab angebaut, neue Anlagentechnologien erforscht,



Forschung betrieben und Produkte entwickelt. In Klötze in der Altmark stehe die erste deutsche Algenfarm, die bis heute zu den größten Europas zähle. Ebenso fänden sich nicht viele wissenschaftliche Einrichtungen, die über ein solches Renommee in der Algenforschung verfügten wie die Hochschule Anhalt. Als deren Vertreterin präsentierte Frau Prof. Dr. Carola Griehl dem Publikum den aktuellen Stand der Algenforschung.

Jörg Ullmann, Geschäftsführer der Roquette Klötze GmbH & Co. KG, gab einen Überblick über seine 20-jährige Erfahrung in der Mikroalgenproduktion am Standort Klötze. In Photobioreaktoren – Glasröhrensystemen mit insgesamt 500 Kilometern Länge – würden dort unter Gewächshausdächern Mikroalgen für Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel und Kosmetika hergestellt. Die Anwenderseite wurde repräsentiert durch Kirstin Knufmann, Gründerin der Pure Raw Knufmann GmbH, sowie Eskil Puhl, Geschäftsführer der Whapow Deutschland GmbH. Beide gaben Einblicke in die umfangreiche Algen-Produktpalette und stellten innovative Produktentwicklungs- und Vermarktungsstrategien vor.



Die EU-Kommission war vertreten durch drei ihrer Dienststellen mit den Generaldirektionen Maritime Angelegenheiten und Fischerei (kurz: GD MARE), Forschung und Innovation (GD RTD) und Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (GD SANTE). Bernhard Friess, kommissarischer Generaldirektor der DG MARE, lobte die Ausrichtung der Veranstaltung, die zu einem günstigen Zeitpunkt stattfinde, da die EU-Kommission

derzeit an ihrer Strategie des „Grünen Deals“ arbeite, in der auch Algen eine zentrale Rolle spielen würden. Miguel Lizaso aus der GD RTD gab danach einen Ausblick auf das neue Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ im Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027. Während der siebenjährigen Laufzeit des Programms sollen rund 100 Milliarden Euro für Forschung und Innovation in der EU zur Verfügung stehen, von denen auch die Algenbranche profitieren werde. Takis Daskaleros (GD SANTE) gab einen Überblick über die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen für Algenprodukte, die unter die sogenannte Novel Food-Verordnung fielen. Novel Food oder "neuartige Lebensmittel" seien alle Lebensmittel, die in der EU vor dem 15. Mai 1997 nicht in nennenswertem Umfang im Handel waren oder verzehrt wurden und einer in der Novel-Food-Verordnung genannten Lebensmittelkategorie zugeordnet werden könnten.

Die Verkostung der zahlreiche Algen-Gerichte im Anschluss an die Veranstaltung erfreute sich großer Beliebtheit beim Publikum. • dw



„Kunstmuseum Moritzburg - Die Burg der Moderne“ und „Bauhaus Spirit – vom Bauen der Zukunft“



Zum Ausklang des Bauhaus-Jubiläumsjahres fand gestern wieder eine vielseitige Veranstaltung in der Landesvertretung statt. Zum einen wurde das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale) präsentiert und zum anderen der Film „Bauhaus Spirit- Vom Bauen der Zukunft“ gezeigt.

Die rund 120 Gäste durften Herrn Thomas Bauer-Friedrich, dem Direktor des Museums, lauschen, der die nicht immer einfache Geschichte des Museums skizzierte. Die Moritzburg, eine

Mischung zwischen Burg und Schloss, beherbergt seit 1904 das Kunstmuseum Moritzburg Halle (Saale). Der Erweiterungsbau, der 2008 eröffnet wurde, kombiniert die Baukunst



vergänger Epochen mit architektonischen Visionen des 21. Jahrhunderts. Der Bau ist schon durch diese architektonische Leistung (von außen eher mittelalterliche Burg, von innen ein modernes, funktionales Kunstmuseum) einen Besuch wert.

Nach einer sehr erfolgreichen Sonderausstellung zu Gustav Klimt im letzten Jahr, ist momentan die

Ausstellung „Das Comeback“ in der Moritzburg zu besichtigen. Sie kombiniert bekannte Meisterwerke aus internationalen Sammlungen mit bislang selten oder noch gar nicht gezeigten Werken. Die Sammlung des Kunstmuseums Moritzburg galt bis 1933 als eine der führenden in Deutschland für zeitgenössische Kunst. Im Rahmen der Aktion „entartete Kunst“ der Nationalsozialisten im Sommer 1937 wurden 147 Werke beschlagnahmt. Für die Ausstellung „Das Comeback“ kehren 40 dieser Kunstwerke als Leihgaben zurück und die Sammlung von damals kann dadurch in Teilen rekonstruiert werden. „Das Comeback“ präsentiert u.a. das Schaffen der fünf Bauhaus-Meister Wassily Kandinsky, Paul Klee, Lyonel Feininger, Oskar Schlemmer und Georg Muche.

Einer der Höhepunkte der Ausstellung ist der virtuelle Rundgang über Virtual Reality-Brillen, mit denen man einen nie realisierten Entwurf von





Walter Gropius für einen Gebäudekomplex, mit u.a. auch einem Kunstmuseum, begehen kann. In dieses virtuelle Museumserlebnis wurden die Sammlungen in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in einem aufwendigen Verfahren integriert. Hierzu führte Sophie Parschat vom Projektteam im Gespräch mit Herrn Bauer-Friedrich näher aus. Die Gäste der Landesvertretung hatten die Möglichkeit, die Brillen vor Ort selbst auszuprobieren.

Im zweiten Teil des gestrigen Abends konnte man im Film „Bauhaus Spirit – Vom Bauen der Zukunft“ bestaunen, welchen Einfluss des Bauhaus überall auf der Welt hatte und wie dadurch auch in der Gegenwart interessante künstlerische und architektonische Projekte entstehen. • ah

Fotos: Alain Bienenstock www.alainbienenstock.be



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Maßnahmen zur Förderung von Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2020
Fundstelle: Abl.	C 370 vom 31. Oktober 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:370:FULL&from=DE
Antragsunterlagen:	Diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen mit den für die einzelnen Maßnahmen vorgesehenen Fristen und Mittelausstattungen, die damit verbundenen Maßnahmen sowie der Leitfaden für Antragsteller sind über das Portal „Finanzierung, Ausschreibungen“ https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/home abrufbar. Diese Informationen werden bei Bedarf auf dem Portal aktualisiert.

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2020 — EAC/A02/2019 Programm Erasmus+
Fundstelle: Abl.	C 373 vom 5. November 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:373:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	Je nach Leitaktion zwischen Februar und Oktober 2020
Antragsunterlagen:	Die genauen Bestimmungen für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, einschließlich der Prioritäten, sind dem Programmleitfaden zu entnehmen, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/programme-guide_de Der Programmleitfaden ist fester Bestandteil dieser Aufforderung, und die darin enthaltenen Teilnahme- und Finanzierungsbestimmungen sind uneingeschränkt auf diese Aufforderung anwendbar.



Referendare gesucht

das Abgeordnetenbüro von Alexandra Geese bietet Referendaren die Möglichkeit ihre Wahlstation im **Europäischen Parlament** abzuleisten.

Das Büro sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine*n Referendar*in zur Ausbildung in der Wahlstation.

Sie können sich bis zum 22. November 2019 mit Lebenslauf und Motivationsschreiben in Form einer PDF Datei (ohne Foto) per E-Mail mit dem Betreff „Bewerbung Referendariat 012019“ an alexandra.geese@europarl.europa.eu bewerben. Nachfragen zur Referendariatsstelle oder zum Bewerbungsverfahren können Sie an jana.gooth@europarl.europa.eu richten.

Prozess des Bewerbungsverfahrens:

- Bewerbungsfrist: 22.11.2019
- Einladung zu Skype-Gesprächen: bis 29.11.2019
- Skype-Gespräche: 02.12.-6.12.2019
- Benachrichtigung an alle Bewerber*innen: 09.-13.12.2019

Weitere Informationen zu der angebotenen Stelle und den Voraussetzungen entnehmen Sie bitte der beigefügten Ausschreibung. <https://alexandrageese.eu/stellenausschreibungen/>

- *eag Quelle: Rundmail AA vom 5. November 2019*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Technologiegesuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Innovative und energieeffiziente Wege zur Kühlung von Lebensmitteln gesucht Eine niederländische Bierbrauerei sucht nach neuen Wegen, um den Energieverbrauch ihrer weltweiten Kühltischflotte (und damit ihren CO ₂ -Fußabdruck) zu senken. Gesucht werden Erfahrungen in den Bereichen Produktdesign, Geschäftsprozessmodellierung, kreatives Denken, Softwareentwicklung, Consumer Intelligence und Customer Experience, um im Rahmen eines technischen Kooperationsvertrages neue Lösungen zu entwickeln. Diese Anfrage bezieht sich auf eine Innovationsherausforderung, die auf einer offenen Plattform veröffentlicht wurde. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/75bcf0c8-3546-4b4b-9f12-c56ce6831abd Referenznummer: TRNL20191023001
Technologiegesuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Niederländischer Mobilitätsberater sucht nach innovativen Ideen Ein niederländisches Unternehmen bietet Beratung, Dienstleistungen und Softwareprodukte im Bereich Mobilität für ein Netzwerk von Verkehrsingenieuren,



		politischen Entscheidungsträgern und Straßenbehörden an. Es will die Leistung des Mobilitätssystems verbessern und sucht nach Ideen, Methoden und Techniken, um eine so genannte "Experience Monitor Mobility" zu schaffen. Potenzielle Partner können KMUs und Start-ups mit Expertise in Social Media, Crowdsourced Information, Computer/Datenwissenschaft, Data Intelligence, Softwareentwicklung, Statistik, Verhaltensforschung und kreativem Denken sein. Ihnen bietet sich eine einzigartige Gelegenheit, beim Aufbau einer neuen Verkehrspolitik mitzuwirken. Die Zusammenarbeit würde im Rahmen eines Abkommens über technische Zusammenarbeit erfolgen. Diese Technologieanforderung ist Teil einer offenen Innovationsherausforderung. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/674f7f96-5909-4b96-bf70-3b2206be5efb Referenznummer: TRNL20191016001
Geschäftliches Gesuch Polen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Polnischer Hersteller sucht Lieferanten von Präzisionsdrehteilen, Tiefzieh- und Druckgussteilen für die Kleinserienfertigung Ein polnisches Unternehmen, das seit 2006 auf dem Markt ist, ist auf die Entwicklung und Herstellung von Spulen, Sensoren und Schaltern (z.B. Temperatur, Druck, Ölstand, Kraftstoffstand, Kurbelwellendrehzahl und -position sowie ABS-Systeme) für die Automobilindustrie spezialisiert. Gesucht werden Hersteller von Zündspulen, Ventilen und Sensoren sucht europäische Lieferanten von Präzisionsdrehteilen, Tiefziehteilen und Druckgussteilen für die Kleinserienfertigung. Die Zusammenarbeit soll auf einer Fertigungsvereinbarung oder Unterauftragsvergabe basieren.



		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/90d6fb57-3889-4781-9a08-aa9884602d70 Referenznummer: BRPL20190905001
Geschäftliches Gesuch Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Helga Ilchmann E-Mail: hilchmann@tti-md.de Tel. 0391 74435-42	Französisches Unternehmen sucht einen Hersteller von 3-achsigen CNC-Maschinen mit Interesse am Vertrieb in Frankreich Ein französisches Unternehmen vertreibt und integriert Werkzeugmaschinen, Roboter und Handhabungssysteme für die Metallurgie, Eisen- und Stahlindustrie, Kunststoffindustrie, Möbelindustrie, Automobil- und Luft- und Raumfahrtindustrie. Angesichts der steigenden Marktnachfrage sucht das französische Unternehmen einen Hersteller von 3-achsigen CNC-Maschinen im Rahmen eines Handelsvertreter- und Servicevertrags. Der Partner muss in der Lage sein, die französischen Teams zu schulen, damit sie den Kundendienst für die französischen Kunden installieren und sicherstellen können. Der Partner muss auch über eine effiziente und verfügbare Abteilung verfügen, die die Ingenieurteams bei der Beantwortung der Kundenanfragen unterstützt. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/8f1476d0-2d00-4324-b61c-3d5234dfddd9 Referenznummer: BRFR20191001001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Neu in der LV - Denise Vopel – Hospitantin

Im Rahmen einer Führungskräftefortbildung, die sich thematisch mit der EU beschäftigt und Führungskräften einen Einblick in die Arbeit der verschiedenen Institutionen ermöglicht, absolviere ich als inhaltlichen Höhepunkt und Abschluss der Maßnahme eine zweiwöchige Hospitanz in der Landesvertretung in Brüssel. Ich werde in den kommenden Tagen den Kolleginnen und Kollegen bei Ihrer täglichen Arbeit über die Schulter schauen und mir bei zahlreichen Veranstaltungen einen Überblick über die enorme Bandbreite der Themenfelder verschaffen. Um zu verdeutlichen, was das konkret bedeutet, möchte ich kurz anreißen, mit welchen Dingen ich mich auseinandersetzen werde. So durfte ich heute in unserer Landesvertretung eine sehr spannende Veranstaltung verfolgen, die sich mit der Alge als nachhaltiges Biomasseerzeugnis und Nahrungsmittel der Zukunft auseinandersetze. Dass die Alge also nicht nur eine grüne, glitschige Masse ist, die im Sommer bei Badegästen oftmals für Verdruss sorgt, sondern durchaus auch schmackhaft in den Sorten Bier, Muffin, Keks, Kracker oder Powerriegel vertilgt werden kann, konnte ich am eigenen Leib testen. In den nächsten Tagen warten zudem thematische Schwerpunkte wie Die Krise als Entscheidungsmodus, oder der Umgang mit ethischen Implikationen neuer Technologien im Gesundheitsbereich, Digitalisierung in mittelständischen Unternehmen, die Neuausrichtung der europäischen Sozialpolitik aber auch die spannende Frage, kann man anhand des Brotes erkennen, woher der Bäcker kommt. Ich werde mich überraschen lassen. In meinem sonstigen beruflichen Alltag bin ich im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich und leite als Pressesprecherin die dortige Stabsstelle Kommunikation. Ich habe täglich mit EU-Themen zu tun, sei es neue Förderrichtlinien zu erläutern oder diesbezügliche Presseanfragen zu beantworten, Hintergrundmaterial zusammenzustellen, um Strategien und Entscheidungen besser erklären zu können. Insofern erwarte und erhoffe ich viele neue Eindrücke und Wissenszuwachs auf diesem Gebiet. • dv

23

Neue Referentin für Kultur, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Medien – Antonietta Hofmann

Nach drei Jahren beim Beratungsunternehmen Hering Schuppener Consulting schlägt es mich wieder zurück zur Landesvertretung in Brüssel, wo ich zuvor als Assistentin der Leitung tätig war. Diesmal widme ich mich den Themenfeldern Kultur, Bildung und Medien und bin außerdem für die Öffentlichkeitsarbeit und die zahlreichen Veranstaltungen der Vertretung zuständig.

Zur Einarbeitung verbrachte ich drei Wochen in der Staatskanzlei in Magdeburg und konnte mich u.a. mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium für Bildung, sowie aus den Bereichen Kultur, Medien und Landesmarketing austauschen. Zudem besuchte ich unsere Landesvertretung in Berlin. Dort nahm ich an Anhörung und Ausschusssitzung im Bundestag und Bundesrat teil und durfte einen Einblick in die Veranstaltungsorganisation vor Ort gewinnen.



Nach meinem Abitur in Darmstadt zog mein Interesse an der EU mich nach Brüssel, wo ich zunächst ein Jahr in einem gemeinnützigen europäischen Bildungsverein arbeitete. Meinen Bachelor absolvierte ich in Brüssel in Sprach- und Literaturwissenschaften. Anschließend schloss ich einen Master in „Arts and Heritage – Policy, Management and Education“ an der Universität Maastricht ab mit einem Schwerpunkt auf Welterbeerziehung – daher auch mein studienintegriertes Praktikum im Hauptsitz der UNESCO in Paris.

Ich freue mich über die Herzlichkeit, mit der ich von den mir bekannten Kolleginnen und Kollegen in Brüssel, Magdeburg und Berlin aufgenommen wurde. In diesem Sinne auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

An den Themen Digitalisierung und digitaler Wandel scheiden sich bekanntlich die Geister – mancher fürchtet sie, für den anderen sind sie das Trendthema unserer Zeit. Der eine verteufelt sie, der andere sieht vor allem die Vorteile. Was feststeht ist, dass man daran nicht mehr vorbeikommt. Nicht umsonst ist eine der Prioritäten der designierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auch „ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“. In diesem Sinne schauen wir in diesem Quiz auf den Ist-Zustand in Sachen Digitalisierung und wünschen allen Rätefreunden viel Vergnügen.





1. Im vergangenen Sommer wurde von der Europäischen Kommission das DESI-Ranking für 2019 veröffentlicht, in dem alle EU-Mitgliedsstaaten miteinander verglichen wurden.

Wofür steht die Abkürzung DESI?

- A) Digital European Student Information
- B) Digital Economy and Society Index
- C) Digital Environment and Security Information

2. Das Internet ist zu einem ständigen Begleiter der Menschen geworden und ist aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Ob im Beruf, in der Schule, zu Hause oder unterwegs- kaum eine(r) möchte auf die Internetnutzung verzichten. Wie viel Prozent der Sachsen-AnhalterInnen ab 10 Jahren haben im Jahr 2018 das Internet schon einmal genutzt?

- A) etwa 91%
- B) etwa 96%
- C) etwa 99%

3. Egal ob Bücher, Zeitungen, Filme oder Radio - Medien sind ein fester Bestandteil des Lebens. Dabei treten die analogen Versionen immer stärker in den Hintergrund und machen Platz für digitale Alternativen. Doch welche Medien werden eigentlich von den 10- bis 27-jährigen Jugendlichen genutzt?

Welche der folgenden Möglichkeiten liegt nur auf Platz 10 der täglichen Mediennutzung bei deutschen Jugendlichen?

- A) Bücher lesen
- B) Computerspiele
- C) Fernsehen



Lösung:

1. B) Der Digital Economy and Society Index dient als Vergleichsmaß für den digitalen Fortschritt der EU-Staaten sowohl untereinander als auch auf internationaler Ebene. Anhand von verschiedenen Indikatoren erhalten die Länder in den fünf Rubriken Konnektivität, Digitale Kompetenzen, Internetnutzung der BürgerInnen, Einsatz digitaler Technologien in Unternehmen und digitale öffentliche Dienste Punkte. Dabei beträgt die insgesamt zu erreichende Höchstpunktzahl 100. Der erstplatzierte Mitgliedsstaat in diesem Jahr war Finnland mit einer Punktzahl von 69,9, gefolgt von Schweden, den Niederlanden und Dänemark. Deutschland erreichte mit 54,4 Punkten Platz 12 im Ranking.

2. A) Laut Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes nutzten im vergangenen Jahr 90,9% der Sachsen-AnhalterInnen ab einem Alter von 10 Jahren das Internet. Im bundesweiten Vergleich decken sich diese Angaben. 89,8% der Deutschen bestätigte eine Internetnutzung 2018. Auch der alltägliche Gebrauch des Internets lässt sich durch Zahlen aus dem ersten Quartal 2019 bestätigen. Laut Statistischem Bundesamt (Stand: September 2019) gaben insgesamt 90% der Befragten an, dass Internet jeden bzw. fast jeden Tag zu nutzen. Dabei wurden auch Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen sichtbar. Die 10- bis 15-Jährigen bestätigten eine (fast) tägliche Internetnutzung zu 89%. In der Gruppe der 16 bis 24 Jahre alten Sachsen-AnhalterInnen gaben 99% an, dass Internet (fast) täglich zu gebrauchen. Das Schlusslicht bildete die Altersgruppe der Personen, die 65 Jahre oder älter waren. Dennoch bejahten auch hier 70% der Befragten eine tägliche Internetnutzung.

Hier finden Sie die Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes: <http://bit.ly/33jprSP>
Hier kommen Sie zu den Zahlen des Statistischen Bundesamtes: <http://bit.ly/2PKV1ou>

26

3. B) Nur 35% der befragten Jugendlichen gaben an, täglich Computerspiele zu spielen. Dahingegen nutzt fast jede(r) ihr bzw. sein Smartphone - 99% bestätigten, jeden Tag mit dem Handy zu surfen. Platz zwei der Mediennutzung belegte das Fernsehen (84%), gefolgt von dem Hören von Musik in Form von CDs oder Downloads (72%). Fast die Hälfte der Jugendlichen gab an, täglich in einem Buch zu lesen, wobei sich diese Angaben sowohl auf analoge als auch auf digitale Versionen beziehen. Mit 36% befand sich das Lesen von Tageszeitungen auf Platz neun der täglichen Mediennutzung, knapp vor den Computerspielen.

Insgesamt besitzen 70% aller Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren in Deutschland ein eigenes Handy mit Internetzugang und sind nach Selbsteinschätzungen durchschnittlich mehr als drei Stunden pro Tag online.

Wenn Sie an dem Thema Digitalisierung in Sachsen-Anhalt und Europa interessiert sind, besuchen Sie doch am 20. November 2019 unser Barcamp „Identität schaffen. Digital und vernetzt in Europa“ im Merseburger Innovations- und Technologiezentrum (Mitz). Diskutieren Sie mit anderen interessierten BürgerInnen und Unternehmen aus der Region Ihre Themen und entwickeln Sie gemeinsam Ideen.

Nähere Informationen finden Sie hier <http://bit.ly/2plGC1p> oder per Mail info@europedirect-halle.de.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SAn)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Denise Vopel (DV)	Hospitantin	...23	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...22	E-Mail
Rebecca Aspetti (RA)	Praktikantin	...14	E-Mail
Daniela Sheri (DS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

